

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/21

30. Januar 1975

Söhne für ein schlimmes Erbe

Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Zusatz-
abkommens

Von Bruno Friedrich MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 37 Zeilen

Unions-Führer untereinander

"Schwarzer Riese" fürchtet den "großen Vorsitzenden"

Seite 2 / 35 Zeilen

Appell zu gemeinsamem Handeln

Billige Polemik in der Deutschlandpolitik hilft auch
der Union nicht

Von Karl Herold MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

Ermutigender Versuch eines Brückenschlages

Jugoslawiens Außenminister bot dem Europarat Koo-
peration an

Von Klaus Richter MdB
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des
Europarates und Sprecher der deutschen Delegation

Seite 5 und 6 / 50 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 38
Telefax: 06 86 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Sühne für ein schlimmes Erbe

Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Zusatzabkommens

Von Bruno Friedrich MdB

**Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag und
Mitglied des SPD-Vorstandes**

Die Ratifizierung des deutsch-französischen Zusatzabkommens wird in der Bundesrepublik und in Frankreich stark beachtet werden. Nach dem Überleitungsvertrag zur Regelung aus dem Krieg entstandener Fragen vom 26. Mai 1952, und zwar in der Fassung des Protokolls vom 23. Oktober 1954, hatten deutsche Gerichte und Behörden keine Zuständigkeit, wenn eine der drei Mächte (USA, Großbritannien und Frankreich) die Untersuchung einer solchen Straftat aus dem Kriege endgültig abgeschlossen hatte. Diese Sperrklausel bezog sich auch auf in Abwesenheit des Beschuldigten in Frankreich ausgesprochene Urteile, die nicht vollstreckbar sind. So blieben u.a. Mordtaten ungesühnt.

Die deutsche Strafverfolgungsbehörden haben dies als unerträglich empfunden; denn sie mußten mitunter Beschuldigte in untergeordneten Stellungen bestrafen, während durch die Sperrklausel Mittäter höherer Stellung nicht verfolgt werden konnten. Von den Länderministerien wurde deshalb das Bundesjustizministerium aufgefordert, diese Gesetzeslücke zu beseitigen.

Die Verhandlungen über das Abkommen hatten 1968 begonnen; am 2. Februar 1971 ist es unterzeichnet worden. In der langen Dauer der Behandlung des Gesetzes von 1971 bis zur jetzigen Ratifizierung war das Gesetz von allen Ressorts der Regierung Brandt/Scheel gebilligt und dem Bundesrat zugeleitet worden, der keine Einwände erhoben hatte. Die vorgezogene Bundestagswahl von 1972 hat die Ratifizierung verhindert. Die neuen Bundesregierungen, also auch die Regierung Schmidt/Genscher, sprachen sich ebenfalls für die Annahme aus, und der Bundesrat hat seine frühere Stellungnahme bestätigt.

Wenn es in den Ausschüssen nun doch zu kontroversen Abstimmungen gekommen ist, dann deshalb, weil Bedenken auftauchten, ob auch gesichert sei, daß nur Mord als Straftat verfolgt werde. Die Regierungsfractionen waren der Auffassung, daß diese Bedenken nicht begründet sind und empfahlen die unveränderte Annahme des Entwurfs zum Ratifizierungsgesetz. Sie sehen aus diesem Grunde auch keinen Anlaß für die Annahme einer EntschlieÙung. Die EntschlieÙungspraxis kann gegenüber einem Vertragspartner durchaus zur Belastung werden, wenn sie in Verträgen wiederholt angewendet wird.

Die Bundesrepublik Deutschland muß davon ausgehen, daß unsere Nachbarn unsere Rechtseinstellung zu den Mordtaten des Nationalsozialismus nach wie vor als Maßstab der inneren Entwicklung der Bundesrepublik werten. Diese Vergangenheit hat in diesen Tagen durch den 30. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz eine schlimme Aktualität erhalten. Die Vorlage des Ratifizierungsgesetzes im Bundestag zeigt, daß die schlimme Hinterlassenschaft abgetragen werden soll.

(-/30.1.1975/ks/pr)

+ + +

Unions-Führer untereinander

"Schwarzer Riese" fürchtet den "großen Vorsitzenden"

Die innerparteiliche Entwicklung in den Unions-Gruppierungen hat ein Verunsicherungs-Ausmaß erreicht, das den Beobachter zum Kopfschütteln zwingt. Der Versuch des CDU-Generalsekretärs, durch eine ausgeklügelte Taktik diese ihm längst bewußt gewordene Verunsicherung in den eigenen Reihen wenigstens noch für die nächsten Monate zu bemänteln, ist durch mehr oder weniger spekuläre Aktionen der Unions-Führungsleute geprengt worden. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf wollte durch ein in der Tat breites Auswahlangebot an gleichwertigen Kanzler-Kandidaten die Agitation der Parteigegner zersplittern und damit ohnmächtig werden lassen. Die eigenen Leute aber haben das Spiel gestört, und heute sieht sich daher der Mann, den die CDU-Zentrale trotz der angeblichen Gleichwertigkeit als zumindest primus inter pares anbieten wollte, in eine peinlich-bedenkliche Randlage gedrängt, von der aus er mit immer unbeholfener klingenden Äußerungen darum kämpft, nicht völlig aus dem Rennen zu geraten, bevor sich die Unions-Parteien endlich dazu aufraffen, aus der nicht mehr taktisch, sondern nur noch ungeschickt wirkenden Phase des Nicht-Entscheidenkönnens auszustiegen.

Dr. Helmut Kohl, CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und CDU-Bundesvorsitzender, hat sich nicht enthalten können, der eigenen erstaunten Partei und der schmunzelnden Öffentlichkeit zu versichern, daß die China-Reise des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß auf die Kanzlerkandidatur der CDU/CSU keinen Einfluß habe: "Die Beziehungen zu Peking und die Kanzlerkandidatur haben nichts miteinander zu tun."

Diese offensichtlich völlig ernst gemeinte Feststellung des ehemals "Schwarzen Riesen aus Mainz" ist der Ausdruck der personifizierten Unsicherheit eines Parteiführers und einer Parteiführung, die sich von jedem Seitenwind aus dem sowieso schon wackeligen Stand bringen lassen. Die von Dr. Kohl so entschieden abgelehnte Vorstellung, daß der Mao-Händedruck zugleich die Entscheidung bei der Auswahl des Kanzlerkandidaten gewesen sein könnte, klingt für jedermann außerhalb des engsten CDU-Clans so abstrus, daß man sich nunmehr wirklich sehr besorgt fragen muß, ob dieser Mann, der derartige Unsinnigkeiten glaubt und auch noch ausspricht, tatsächlich geeignet sein sollte, als Kanzlerkandidat der Union dem deutschen Wähler angeboten zu werden. Dr. Kohl selbst hat sich in eine Ecke manövriert, von der aus er es sehr schwer haben wird, den "großen Vorsitzenden" noch daran zu hindern, die Fäden der CDU/CSU-Politik nach seinem Willen zu lenken.

(ee/30.1.1975/bgy/ee)

+ + +

Appell zu gemeinsamem Handeln

Billige Polemik in der Deutschlandpolitik hilft auch der Union nicht

Von Karl Herold MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen

Die Bundesregierung hatte vor kurzem eine schriftliche Anfrage der Opposition mit einer Auskunft über den derzeitigen Stand der Sperrmaßnahmen der DDR entlang der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland beantwortet. Diesen Bericht nahm der CDU-Abg. Claus Jäger zum Anlaß, um in einem Artikel seines Partei-Informationsdienstes der Bundesregierung vorzuwerfen, sie habe den Ausbau der Sperranlagen nicht verhindert. Er bedient sich dabei eines Rechenricks, um das Ausmaß des angeblichen Verzäumnisses der Bundesregierung beweisen zu können.

Abg. Jäger beschränkt sich in seiner Argumentation wohlweislich auf den Ausbau der Grenze mit Selbstschußapparaten, jener perfiden Erfindung der DDR zur "Modernisierung" ihrer Grenzsperrren. Von den 134,8 km Sperranlagen, die die DDR bisher mit diesen Schußapparaten versehen hat, sind 53,5 km, also 40 vH dieser Strecke, erst nach dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages gebaut worden. Die agitatorische Schlußfolgerung des CDU-Abgeordneten aus dieser Tatsache ist, daß die Bundesregierung trotz des Grundvertrages und trotz des hierzu ergangenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts den Ausbau der Sperranlagen nicht verhindert und demnach versagt habe.

Es scheint so, der CDU-Abg. Jäger will die Bundesregierung dafür verantwortlich machen, daß die unmenachliche Einführung der Schußapparate durch die DDR erst im November 1970 und nicht früher erfolgte; denn er geht zwar auf die Minenfelder, nicht aber auf die Unzahl anderer, oft nicht minder wirksamer Fluchtverhinderungsmittel ein, an denen die DDR systematisch seit 1952 und verstärkt seit 1961 gebaut hat. Vielleicht war es ihm zu mühselig, auch die Zahl der gegenwärtig 695 Hunde in 470 Hundelaufanlagen in Vergleich zu bringen mit den Hundern aus der Zeit vor dem Grundlagenvertrag. Welch un-

30. Januar 1975

politisches und schrecklich vereinfachendes Denken steht hinter dem Bestreben der CDU, Minenfelder, Metallgitterzäune, Betonepermauern, Stacheldrahtzäune, Lichtsperrren, Erdunker, Beobachtungstürme usw. in "vorher" und "nachher" aufzuteilen, um damit nicht etwa die Politik der DDR, sondern die Entspannungsbemühungen der Bundesregierung zu verurteilen! Wie wenig brauchbare Argumente müssen bei der Opposition vorhanden sein, wenn man das totale Scheitern der eigenen sog. Politik der Stärke, die in fast zwanzig Jahren keine Sperranlage verhindern konnte, nun zu kaschieren versucht, indem man den gerade zwei Jahre zurückliegenden schwierigen Beginn der Begründung eines neuen Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten als Beleg für "klägliches Versagen" und "leisetreterische Untätigkeit" mißbrauchen will. Mit all dem soll doch wohl nur der Versuch unternommen werden, die sich auf lautstarke Proteste beschränkende Untätigkeit während der eigenen Regierungszeit nachträglich als politisch sinnvolle Aktivitäten umzumünzen.

Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Auffassung, daß das Sperrsystem entlang der Grenze im Widerspruch steht zu der mit den Verhandlungen und Verträgen zwischen den beiden deutschen Staaten begonnenen Politik der Entspannung. Die Bundesregierung nimmt die Sperrmaßnahmen der DDR sehr ernst, und sie wird weiterhin "in Wahrnehmung ihrer grundgesetzlichen Pflicht alles ihr Mögliche tun, um diese unmenschlichen Verhältnisse zu ändern und abzubauen". Nur sollte sich die Opposition - nach der jüngsten Entwicklung könnte man vielleicht sogar einige Unionsangehörige davon ausnehmen - endlich von echten oder eingebildeten Illusionen befreien, zwanzig Jahre politischer Konfrontation mit der DDR hätten in zwei Jahren Grundvertrag aufgearbeitet werden können. Gerade das Thema solch gravierender Zeugnisse deutscher Nachkriegsentwicklung sollte von der Opposition nicht in billige Tagesmünze umgesetzt werden, sondern Anlaß sein, verkrustetes Denken zugunsten gemeinsamen Handelns aller demokratischen Parteien in der Deutschlandpolitik aufzugeben.

(-/30.1.1975/ks/pr)

+ + +

Ermutigender Versuch eines Brückenschlages

Jugoslawiens Außenminister bot dem Europarat Kooperation an

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Parlamentarischen

Versammlung des Europarates und Sprecher der deutschen Delegation

Die Teilnahme des jugoslawischen Außenministers Miloš Minić an der ersten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates im Jahre 1975 war sicherlich ein politischer Höhepunkt in der Geschichte der Versammlung. Zum erstenmal hat in Straßburg der Vertreter eines osteuropäischen Landes das Wort ergriffen und die Hoffnung ausgedrückt, daß andere seinem Beispiel folgen mögen. Der Europarat hat damit zweifellos seinem gesamt-europäischen Anspruch Nachdruck verliehen. Für Jugoslawien war es ein Beweis der Unabhängigkeit.

Im Mittelpunkt der Ausführungen von Miloš Minić, der zugleich stellvertretender Ministerpräsident Jugoslawiens ist, standen die Bedeutung der Blockfreiheit als Prinzip und die Rolle der blockfreien Staaten in der Welt. Seiner Auffassung nach nimmt die Bedeutung der blockfreien Staaten in der Weltpolitik gegenwärtig zu. Kleinere und nicht gebundene Länder müßten verstärkt in die Diskussion internationaler Fragen einbezogen werden. Politische Lösungen ließen sich immer weniger ohne die blockfreien Staaten durchsetzen.

In seiner Rede wandte sich Minić insbesondere gegen jeden Chauvinismus. Er untersuchte eingehend die Konsequenzen der Blockpolitik in Europa von Jalta bis Zypern und zog daraus die Schlußfolgerung, daß Konfrontation zum Krieg führen könnte. Die Entspannungspolitik liege besonders im europäischen Interesse. Hier sei auch die zentrale Aufgabe der KSZE zu sehen. Miloš Minić plädierte ferner für einen Abbau des trennenden Charakters von Staatsgrenzen. Jugoslawien wolle sich in Europa in besonderem Maße darum bemühen, zu einer umfassenden Annäherung beizutragen.

Mit besonderer Intensität setzte sich Minić für eine wirksame Hilfe gegenüber den Entwicklungsländern ein. Die internationale Wirtschaftslage

haben in diesen Ländern zu einer bedrohlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation geführt. Er erinnerte ferner daran, daß die Probleme der Gastarbeiter in verschiedenen Ländern Westeuropas noch besser gelöst werden müßten und wies auch auf ungelöste Fragen der Lage von Minderheiten allgemein hin.

Für die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war der Auftritt des jugoslawischen Außenministers zugleich eine gerngesehene Möglichkeit, mit seinen Ausführungen den Auftakt zu einer KSZE-Debatte zu verbinden. Minić billigte dem Europarat auf die Frage des SPD-Abg. Dr. Olaf Schwancke, welche Möglichkeiten der Verbindungen zwischen der KSZE und dem Europarat er sehe, eine aktive und positive Rolle bei der Überwindung der Spaltung Europas zu. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Europarat nach Abschluß der KSZE sah er als durchaus gegeben an. Auch Vertreter anderer Länder, die nicht Mitglied des Europarates sind, sollten seinem Beispiel folgen.

Die Aussprache mit den Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bezeichnete der jugoslawische Außenminister als offen und atmosphärisch angenehm. Es ist zu hoffen, daß dies nicht der letzte Versuch eines Brückenschlages zwischen dem Europarat und osteuropäischen Staaten war. Beide Seiten haben aus dem hier begonnenen Dialog lernen können. Offen bleibt die Frage, ob und wie der hier geknüpfte Kontakt weiterentwickelt und auf andere osteuropäische Staaten ausgedehnt werden kann. Ein Beispiel ist jedoch gesetzt. Der Europarat ist durch eine Erfahrung reicher geworden. (-/30.1.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller